



Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten

NÜRNBERG – Aktuelles aus Stadt und Rathaus – Ausgabe 3 / 2011

Nr. 37 – BIA-Nachrichten – Das deutsche Stadtblatt – für Volk und Heimat

Fax/Ruf: 09 11/64 61 76 Weltnetz: www.auslaenderstopp.de

ePost: info@auslaenderstopp.de

Multi-Kulti Krawalle auch in Nürnberg?

Gerade noch hatten die selbsternannten „Gutmenschen“ nach dem Verbrechen in Norwegen das Lied der Integration und der friedlichen Multi-Kulti-Gesellschaft wieder einmal kräftiger „gesungen“, schon wurden diese Utopisten von der Wirklichkeit eingeholt: In England brachen tagelange Unruhen aus, die vor allem von Zuwanderern verursacht und dominiert wurden.

Mit menschenverachtender Brutalität wurden Passanten und Anwohner verprügelt und Eigentum zerstört, ja oftmals die Existenz von Geschäftsleuten unbarmherzig vernichtet. In den hiesigen Medien sprach man vom Aufruhr „benachteiligter Jugendlicher“ und ähnlichem.

In Wahrheit waren es hauptsächlich dortige Migranten, die den Aufstand gegen die Gesellschaft probten und sich austobten. Natürlich waren darunter viele Arbeitslose und eben Zuwanderer, die aus verschiedensten Gründen nicht „Fuß fassen“ und sich nicht integrieren können oder wollen. Also ein beachtliches Potential einer ausländischen Parallelgesellschaft, die es auch in Deutschland gibt. Dazu kommen noch die verhätschelten volksfeindlichen Chaoten, oftmals politisch sogar



Die BIA-Stadträte Sebastian Schmaus und Ralf Ollert vertreten deutsche Interessen im Rathaus.

© Bild: BIA

gefördert, die nicht nur in England gewaltbereit sind, sondern auch beispielsweise in Berlin alleine in diesem Jahr bereits über 500 Autos abgefackelt haben und die Bürger so schädigen und terrorisieren.

Daß es bei uns nicht bereits zu ähnlichem Aufruhr wie in England gekommen ist, liegt wohl nur an der Tatsache, daß wir in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern (noch) ein Sozialsystem haben, welches auch Schmarotzer aus aller Welt bestens „durchfüttert“ und versorgt. Dies geht zu Lasten aller eingesessenen Bürger sowie solcher, die unverschuldet in Not geraten sind und mit diesen

gleichgesetzt werden. Beobachter der gesellschaftlichen Entwicklungen, wie der Buchautor und frühere FAZ-Redakteur Udo Ulfkotte, warnen bereits vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen auch in Deutschland.

Als Anlage zu seinem aufsehenerregenden Buch „Vorsicht Bürgerkrieg“, hat er auch eine Karte beigelegt, auf dem die möglichen Brennpunkte von Multi-Kulti-Kriminalität aufgezeigt sind.

Auch Nürnberg ist mit Teilen der Südstadt und Langwasser als Problemzone genannt. Die trügerische Ruhe kann also schnell vorbei sein, wenn immer mehr Gegenden „verausländeri-

sieren“ und die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sich verschlechtern.

Die herrschende Politik spielt immer die gleiche Leier und ignoriert die Zurückdrängung der Deutschen in ihrer eigenen Heimat oder feiert diese Entwicklung noch als „kulturelle Bereicherung“.

Da macht die **BIA** nicht mit! Es hat nichts mit „Ausländerfeindlichkeit“ zu tun, die wir strikt ablehnen, wenn wir heute das Heimatrecht der Deutschen im eigenen Land einfordern und das Selbstbestimmungsrecht über unsere eigene Angelegenheiten.

Wie mittlerweile jeder weiß ist „Multi-Kulti“ längst gescheitert und die Einwanderungsgesellschaft kein geeignetes Mittel zur Lösung der demographischen Probleme.

Forderung der BIA

Als Nürnberger, **Bürgerinitiative Ausländerstopp** wollen wir eine vernünftige volksbezogene Politik, die dafür sorgt, daß Nürnberg eine wohnliche deutsche Stadt bleibt. Dafür sind wir angetreten, dafür setzen wir uns mit ganzer Kraft ein und bitten um die Unterstützung unserer Nürnberger!

Nürnberg

Millionen Euro für „Integration“. Aber:

Kein Geld für unsere Schulen?!

Während für eine Ganztagsversorgung und -betreuung ausländischer Kinder – zur Förderung der Integration – immer neue Millionen von Steuergeldern verbraten werden, ist für unsere „normalen“ Schulen offenkundig kein Geld mehr vorhanden, bzw. wird keine Dringlichkeit erkannt. So haben die Schulleiter des „Schulzentrum Südwest“ in Eibach, (Sigmund-Schuckert-Gymnasium und Peter-Henlein-Realschule), jetzt mit einem schonungslosen Brief an die Stadtverwaltung und die Rathausparteien einen echten „Hilferuf“ losgelassen. Darin kritisieren sie drastisch die Untätigkeit der Stadt Nürnberg bezüglich der unzumutbaren und seit Jahren bekannten Baumängel in dem Schulgebäude.

So müßten, so das Schreiben, bei schlechtem Wetter 5-6 Regentonnen bereits im Bereich des Haupteinganges aufgestellt werden, um das durchdringende Wasser aufzufangen. Bei Starkregen „staut sich das Wasser auf dem Flachdach, drückt durch die Oberlichter und rinnt über die Treppe drei Geschosse tiefer... Jüngst wurden Deckenplatten mitsamt der daran befestigten großen Raundleuchte herausgeschwemmt und krachten zu Boden..“ Das Mobiliar in den Fachräumen „zerbröselte“ und die Fenster sind nur noch eingeschränkt funktionsfähig. Das ganze Gebäude ist inzwischen

in einem desolaten Zustand und für einen ordnungsgemäßen und leistungsorientierten Unterricht nur noch sehr eingeschränkt brauchbar.

Eine Generalsanierung oder ein kompletter Neubau ist dringend nötig! Immerhin werden hier rund 2.000 Schüler von rund 200 Lehrkräften unterrichtet. Diese Mißstände sind der Stadt Nürnberg seit Jahren bekannt, aber es passiert nichts!

Die **BIA** hat jetzt mit einem Antrag für den Stadtrat die Angelegenheit in Erinnerung gebracht und dafür gesorgt, daß dies im „Schulausschuß“ behandelt werden muß.

In dem BIA-Antrag heißt es u.a.:

Die Stadtverwaltung investiert erhebliche Mittel in den Neubau und die Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten. Ob dies immer sachgerecht erfolgt, ist wohl Ansichtssache.

Wesentliche Triebfeder bei diesen Anstrengungen dürfte die angestrebte Integration von Ausländerkindern sein, die immer noch mehr als mangelhaft ist und der man jetzt mit einem zunehmenden Ganztagesangebot nachhelfen will.

Daß viele dieser Kinder und Heranwachsenden aufgrund ihrer Herkunft aus einem anderen fremden Kulturkreis vielleicht gar nicht integrationsfähig oder

Fortsetzung nächste Seite



Die Schulleiter des „Schulzentrum Südwest“ in Eibach kritisieren mit einem schonungslosen Brief die Untätigkeit der Stadt Nürnberg bezüglich der seit Jahren bekannten Baumängel in dem Schulgebäude. Die BIA hilft ihnen. © Fotos: BIA



An unsere Leser:

Möchten Sie die Einladungen und Informationen der BIA-Nachrichten regelmäßig per Post erhalten?

Dann lassen Sie sich als Anhänger registrieren.

Schreiben Sie an:

**Stadtrat Ralf Ollert
Postfach 610241,
90222 Nürnberg.**

Erscheinungsvermerk
Anschrift Herausgeber
und Verlag:

Ralf Ollert
Postfach 61 02 41
90222 Nürnberg

Satz und Druck: E.i.S.

Nächste Ausgabe: bis zum 31.12.2011

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg
Ruf/Ferndruck: 09 11 / 64 61 76 // ePost: ollert@imail.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

Nürnberg

Andere Parteien übernehmen aus Furcht BIA-Forderungen

Die BIA macht Druck für Schulen

Fortsetzung von Seite 2

gar integrationsunwillig sind, wird ebenso ausgeblendet wie der Elternwille, weil es nicht in das ideologische Konzept der Mehrheitsparteien paßt.

Derweil gibt es im klassischen Schulbereich einen Investitionsstau, der nicht in jedem Fall akzeptiert werden kann.

So klagen die Schulleiter des „Schulzentrum Südwest“ über erhebliche bauliche Mängel und Mißstände im Schulgebäude, die eigentlich einen Unterricht gar nicht mehr zulassen. Obwohl die Situation der Stadtverwaltung seit langem bekannt ist, werden die notwendigen Sanierungsarbeiten, bzw. ein Neubau, immer wieder zeitlich hinausgeschoben und die Lehrer und Schüler mit ihren Problemen alleingelassen und vertröstet.

In einem Brief vom 8.8.11 an den Oberbürgermeister, die Stadtverwaltung und die Stadträte wird durch die verantwortlichen Schulleiter noch einmal mit eindringlichen drastischen Beschreibungen auf die untragbaren Mängel hingewiesen, die ein umgehendes Handeln der Stadtverwaltung erfordern.

Ich stelle deshalb für die BIA folgenden Antrag:

1. Bericht des Schulreferates über den baulichen und technischen Zustand des „Schulzentrum Südwest“.

2. Erläuterung, mit welchen sofortigen und zeitlich definierten Maßnahmen die Mängel so abgestellt werden, daß ein ordnungsgemäßer Unterricht in sicherer und zumutbarer Umgebung unter entsprechenden Unterrichtsbedingungen stattfinden kann.

3. Bericht über den Planungsstand für einen Neubau und

Es zeigt sich also einmal mehr, daß man auch auf Umwegen und mit Nachdruck etwas erreichen kann und es ist zu hoffen, daß hier endlich wirklich etwas geschieht. Die **BIA** wird als Anwalt und Stimme der Nürnberger auf jeden Fall am Thema dranbleiben und „den Mund aufmachen“, in- und außerhalb des Stadtrates.

Ralf Ollert, StR



BIA Stadtrat Ralf Ollert protestiert gegen unzumutbare Zustände an Nürnberger Schulen.
© Foto: privat



wie dieser beschleunigt werden kann.“

Nun wissen wir natürlich, daß unsere Anträge aus „Prinzip“ abgelehnt werden. Aber die Aktivität der **BIA** hat jetzt zur Folge gehabt, daß die anderen Parteien Angst haben, der BIA auch hier als „Kümmerer“ der Anliegen der Nürnberger Bürger das Feld zu überlassen.

So haben diese selbst nunmehr Anträge zu diesem Thema gestellt.

Aus für Kaufhof am Aufseßplatz

Seit den zwanziger Jahren war das Kaufhaus am Aufseßplatz eine feste Institution in der Südstadt, erst als „Schokken“, dann „Horten“ und zuletzt als „Galeria Kaufhof“. Mitte 2012 wird es mit dieser Tradition dann voraussichtlich Schluß sein. Die Konzernzentrale hat die endgültige Schließung des Kaufhauses angekündigt.

Der Standort war für das Kaufhaus schon länger nicht mehr attraktiv genug. Die Deutschen in der Gegend werden immer weniger. Die ausländische Bevölkerung hat ihre eigenen Läden und ein anderes Kaufverhalten. Für eine „Galeria Kaufhof“ scheint hier kein Platz mehr zu sein, ebenso

übrigens für deutsche Fachgeschäfte. Ramschläden und Dönerbuden prägen längst dieses Nürnberger Stadtviertel. Der negative Höhepunkt in der Diskussion um die Zukunft des Kaufhauses war sicherlich der Vorschlag, darin eine Moschee einzurichten. Schuld an dieser Entwicklung ist eine Nürnberger Stadtpolitik, die diese fortschreitende Veräusländerisierung eines ganzen Stadtviertels seit Jahrzehnten zuläßt und fördert. Welche deutsche Familie mit Kindern will heute noch da wohnen oder sich ansiedeln? Die Zahl dürfte überschaubar sein. Ohne Politikwechsel geht die Südstadt immer mehr „den Bospurus runter“.

Stadtrats-Sitzungen 2011

Jeweils mittwochs um 15 Uhr:

19.10./14.12.

Haushaltsberatungen: Do., 17.11., ab 9 Uhr

Besuchen Sie die öffentlichen Sitzungen des Nürnberger Stadtrates – im Rathaus am Fünferplatz!

BIA NÜRNBERG – ...die **deutsche** Kraft im Stadtrat.

Sozial
geht nur
national

www.auslaenderstopp.de



So wird das Verbrechen politisch mißbraucht

Der Massenmord in Norwegen

Kaum war die Nachricht bekanntgeworden, daß ein offensichtlich wahnsinniger Massenmörder in Norwegen 77 unschuldige Kinder und Jugendliche erschossen hat, wurde schon wieder das Verbot volkstreuere Organisationen in Europa gefordert.

In Deutschland wurde reflexhaft die inzwischen obligatorische Forderung nach einem Verbot der NPD erhoben. Es werden also Verbote politischer Parteien und Organisationen gefordert, die mit dem Verbrechen nicht das Geringste zu tun haben.

Zwar hatte der Attentäter vorher – offenbar alleine und selbstverantwortlich – ein Manifest verfaßt, in dem er sein Verbrechen mit christlichen und politischen Motiven argumentativ zu untermauern versuchte, was natürlich völlig unakzeptabel ist. Zudem hat er darin deutlich gemacht, daß keine politische Organisation seine Interessen so vertritt, wie er es sich vorstellt. Er war ein Einzeltäter und Einzelgänger!

Es ist deshalb unanständig und grenzt ans Kriminelle, wenn von den herrschenden Multi-Kulti-Parteien, deren Politik diesen Menschen offenkundig zum Wahnsinn getrieben hat, aus durchsichtigen politischen Gründen versucht wird der volkstreuere Opposition eine Art Mitschuld anzulasten.

Genausogut könnte man dies gegenüber den Kirchen, den Freimaurern oder den C-Parteien behaupten, da sich der Verbrecher neben vielen anderen „Argumenten“ auch als „christlich-fundamentalistisch“, daher islamfeindlich und auch Israel-freundlich sowie zur Freimaurerei hingezogen bezeichnet und geäußert hat.

Aber man fordert kein Verbot christlicher Organisationen, sondern behauptet ganz einfach der Mann hätte eine geistige Nähe zu den volkstreuere Parteien in Europa, wofür diese nun büßen müßten. Und das, obwohl sich der Täter ganz klar von nationalistischen Inhalten distanziert hat!

Man benutzt also diesen Massenmord um unliebsame politische Meinungen gegen die Überfremdung und den „Multi-Kulti-Wahn“ zu kriminalisieren und die politische Opposition gegen diese Politik mundtot zu machen. Diesen Bestrebungen gilt es, entschieden entgegenzutreten.

Wenn die herrschenden Parteien meinen, mit Hilfe dieses Verbrechens ihre falsche Politik zum Schaden der europäischen Völker noch ungehemmter und rücksichtsloser gegen die eigenen Völker durchsetzen zu können, darf sich jetzt die volkstreuere Opposition nicht einschüchtern lassen.

Erfreulicherweise hat die Vorsitzende der Dänischen Volkspartei, Pia Kjaersgaard, bereits in einem Interview mit der „Welt“ signalisiert, ihre Partei, die erst kürzlich die Wiedereinführung der Grenzkontrollen durchgesetzt hat, „erkenne keinen Grund zur Mäßigung bei der Kritik an Zuwanderern mit islamischen Hintergrund“.

Auch der Münchener BIA-Stadtratskollege Karl Richter, den man plumpdreist in Verbindung mit dem Attentat angiftete, erklärte ganz klar: „Es gibt keinen Grund zum Kreidefressen oder zur Zurück-

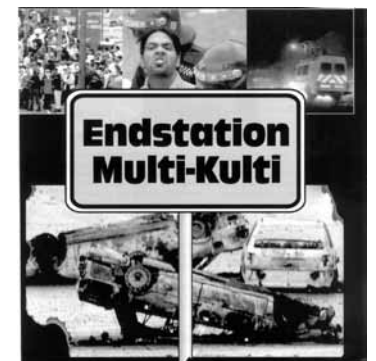
haltung bei der Kritik an der Überfremdungs- und Islamisierungspolitik der Etablierten. Im Gegenteil: Konsequente Kritik am Irrsinnkurs der etablierten Polit-Ganoven ist das Gebot der Stunde.“

Auch in Nürnberg wird die **BIA** ihren klaren Kurs weiter fortsetzen und sich nicht beirren lassen. Das Recht ist auf unserer Seite!

Wer aus dem verabscheuungswürdigen Verbrechen in Norwegen politisches Kapital schlagen will, um seine volksfeindliche Politik durchzusetzen, darf keine Chance haben.

Auch noch so lautes „Verbotsgeschrei“ wird die Probleme der Zuwanderung nicht übertönen und den notwendigen Politikwechsel aufhalten können!

Ralf Ollert, Stadtrat
BIA-Gruppensprecher im
Nürnberger Stadtrat



**Schauen Sie öfter mal rein:
www.auslaenderstopp.de**